

# **Gegen die militärische Intervention in Syrien!**

## **Für Zivile Konfliktbearbeitung statt Waffen und Krieg!**

**Kundgebung und Demonstration des Friedensplenums Mannheim  
am 14.09.2013, 12.30 Uhr**

**Rede von Otto Reger, Friedensplenum Mannheim**

Sehr geehrte Damen und Herren,

liebe Friedensfreundinnen und Friedensfreunde,

manch einer mag sich gefragt haben, weshalb das Friedensplenum nicht schon früher eine derartige Kundgebung organisiert hat, um für eine zivile Konfliktlösung in Syrien und für ein Ende des Tötens und Mordens zu demonstrieren. Es hatte vor allem zwei Gründe, wenn wir das erst jetzt tun. Der erste Grund ist: In Syrien hat sowohl das Assad-Regime als auch die Rebellen schwerste Menschenrechtsverletzungen begannen, d. h. sie haben Menschen umgebracht und Tod, Leid und Zerstörung bewusst in Kauf genommen. Beide Seiten stehen sich in nichts nach, um sich gegenseitig die Schuld für schlimmste Greuel und barbarische Akte wie auch den Einsatz von Giftgas in die Schuhe zu schieben. Angesichts der für Außenstehende undurchsichtigen Situation und der nicht einfachen Beurteilung der Ursachen der syrischen Tragödie, die schon vor dem abscheulichen Giftgaseinsatz 100.000 Menschen das Leben gekostet hat, ist man geneigt, sich zunächst lieber zurückzuhalten, anstatt (ungewollt) einseitig Partei zu ergreifen.

Der zweite Grund für unsere Zurückhaltung sind unsere begrenzten personellen Möglichkeiten, die wir möglichst effizient und überlegt einsetzen müssen, indem wir Schwerpunkte setzen. Daher hat sich das Friedensplenum mit einem Großteil seiner Kräfte für ein Rüstungsexportverbot eingesetzt, wie es die Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel! fordert und deren Mitglied das Friedensplenum seit Juni 2011 ist. Den Waffenhandel zu bekämpfen rettet Menschenleben unmittelbar und entzieht der Rüstungsindustrie die Legitimation und versucht ihr die Absatzmärkte zu verstopfen. Rüstungsexporte zu verbieten ist also im besten Sinne, radikal weil das die Rüstungsproduktion auch grundsätzlich in Frage stellt. Auf diese Weise ist es auch ein Eintreten für eine friedliche Lösung des Syrienkonfliktes wie auch anderer Konflikte.

Das scheint nicht ganz einleuchtend, denn ausgerechnet Syrien steht nicht auf der langen Liste der Länder, in welche die deutschen Produzenten von Waffen und Militärgütern ihre tödlichen Erzeugnisse liefern. Aber schauen wir genau hin und hören, was die „Kritischen Daimler-Aktionäre“ in ihrem Antrag für die Hauptversammlung der Daimler AG 2011 in ihrem Antrag formulierten:

„Die Daimler AG baute auch im Geschäftsjahr 2010 Militär-Unimogs und Militär-Lastkraftwagen. In den vergangenen Jahren wurden militärische Nutzfahrzeuge unter anderem an Ägypten, Algerien, Angola, Irak, Kuwait, Libyen, Marokko, Pakistan, Saudi-Arabien, Syrien, Tunesien, Türkei und die Vereinigten Arabischen Emirate geliefert.“

Daimler liefert auch heute noch Militärfahrzeuge in viele Länder wenn auch nicht mehr nach Syrien wegen des Waffenembargos. Ein derartiges Verbot von Rüstungslieferungen hat die EU beschlossen und die Bundesregierung hat sich daran meines Wissens auch gehalten und man kann sie dafür auch loben. Dem steht aber eine keineswegs lobenswerte sondern hemmungslose und skrupellose Rüstungsexportpolitik gegenüber, wie sie Kanzlerin Merkel und der Bundessicherheitsrat betreiben. Dieser geheim tagende Bundessicherheitsrat, der keiner parlamentarischen Kontrolle unterliegt, hat den Export von Kampfpanzern nach Saudi-Arabien und Katar genehmigt. Das ist besonders schlimm weil beide Länder, mit ihren Waffenlieferungen an die syrischen Rebellen den Krieg befeuern. Besonders schlimm ist es, dass die Bundesregierung den Export einer Waffenfabrik genehmigt hat, in der das G36-Gewehr von Heckler & Koch in Saudi-Arabien in Lizenz gebaut wird. Mit unserer Losung „Legt den Leo an die Kette“ haben wir uns nicht nur für ein Verbot der Panzerlieferung ausgesprochen, sondern auch gegen andere Militärlieferungen.

Zu Beginn des Jahres 2013 wurde die Diskussion intensiver, ob das bis Mai befristete Waffenembargo für Syrien verlängert werden solle. Die Bundesregierung hat sich zwar für eine Verlängerung ausgesprochen, hat aber zu wenig getan, um auf die französische und britische Regierung einzuwirken. Insbesondere diese beiden Regierungen haben sich vehement gegen ein verlängertes Embargo ausgesprochen, weil das der einzige Weg sei, dem syrischen Volk zu helfen um Assad zu vertreiben, der als Hauptursache des Syrienkrieges dargestellt wurde und wird.

Im Europäischen Netzwerk gegen Waffenhandel, European Network Against Arms Trade, ENAAT, haben sich Gruppen u. a. aus Großbritannien, den Niederlanden, Schweden, Spanien, der Schweiz und Deutschland zusammengeschlossen. ENAAT und auch damit auch Aktion Aufschrei: Stoppt den Waffenhandel! haben in einer Erklärung vom 30. Januar 2013 jegliche Aufweichung des EU-Waffenembargos gegen Syrien zurück gewiesen. Doch leider ist es nicht gelungen, das Waffenembargo zu verlängern, weil die französische und britische Regierung entschlossen waren, die Aufständischen in Syrien mit Waffen zu beliefern. Hier wäre es enorm wichtig gewesen, dass Kanzlerin Merkel Druck auf die britischen und französischen Amtskollegen ausgeübt hätte, um das Waffenembargo zu verlängern. Dass Merkel und die deutsche Regierung gewaltigen Druck ausüben können, zeigen die Beispiele Griechenland und Portugal. Deren Bevölkerungen hat Merkel im Verein mit der Troika einen brutalen Sparkurs aufgezwungen. Als deutsche Rüstungsunternehmen die Genehmigung beantragten, U-Boote und andere teure Waffensysteme an Griechenland und Portugal zu verkaufen, gab es keinen

Widerstand von Kanzlerin Merkel, vielmehr betätigte sie sich als Rüstungslobbyistin, indem sie Griechenland deutsche U-Boote aufnötigte.

Auch wenn die Forderung von ENAAT und der Aktion Aufschrei: Stoppt den Waffenhandel! nach einem Rüstungsexportstopp bislang nicht erfolgreich war, ist die Forderung angesichts des Mordens in Syrien hoch aktuell. Die Bundesregierung muss sich dafür einsetzen, dass die EU-Staaten, die USA, Saudi-Arabien, Katar, Russland ihre Waffenlieferung nach Syrien unverzüglich beenden.

Wenn wir uns für eine zivile und nichtmilitärische Lösung des Syrienkrieges einsetzen, so tun wir das auch in dem Hoffnung weckenden Bewusstsein, dass Millionen Menschen u. a. in den USA oder Großbritannien sich gegen einen Militärschlag durch die USA ausgesprochen haben. Während der amerikanische Präsident und Friedensnobelpreisträger Barak Obama einen Angriff auf Syrien in die Wege leitete, setzte sich die britische Campaign Against Arms Trade, CAAT, also die Kampagne gegen Waffenhandel vehement für eine friedliche Lösung des Syrienkrieges ein. Auch die CAAT ist Friedensnobelpreisträger, wenn auch "nur" des alternativen Nobelpreises. Angesichts einer fragwürdigen Vergabe an Kriegstreiber ist der alternative Nobelpreis für viele inzwischen eine angesehenere Auszeichnung.

Als CAAT letztes Jahr den alternativen Nobelpreis bekommen hat, hat sich die Friedensbewegung darüber sehr gefreut, denn mit ihrem langjährigen Einsatz haben die britischen Friedensfreunde wesentlich dazu beigetragen, Rüstungsexporte einzudämmen. Die deutsche Friedensbewegung hat damals wesentlich dazu beigetragen, dass die damalige Bundesregierung unter Kanzler Gerhard Schröder sich nicht am Irakkrieg von Bush und Blair beteiligt hat. Und ganz ähnlich haben die britischen Friedensfreunde mit und um die CAAT auch dazu beigetragen, dass die britischen Abgeordneten dem britischen Regierungschef Cameron die Zustimmung für einen Militärschlag verweigert haben. Diese Verweigerung gegen die militärische Eskalation kann nicht hoch genug geschätzt werden, denn der Einsatz von Bomben und Marschflugkörpern, hätten eine Ausweitung des Krieges auf die ganze Region bewirken können.

Wenn wir als Friedensplenum Mannheim als Mitglied der Kampagne Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel Unterschriften für ein Rüstungsexportverbot sammeln und mit Bundestagsabgeordneten diskutieren, arbeiten wir an der Beseitigung einer wesentlichen Ursache für Not, Elend, Misstrauen, Aufrüstung und Krieg. Und damit setzen wir uns auch für eine zivile Konfliktlösung in Syrien ein. Und wir tun das in dem Bewusstsein, dass wir die Friedensfreunde und Rüstungsexportgegner auch in anderen Ländern unterstützen. So gesehen bekommt die etwas verstaubt und pauschal klingende Forderung nach der internationalen Solidarität einen konkreten und aktuellen Sinn. Hoch die internationale Solidarität mit allen, die sich für die Einhaltung des Völkerrechts, die zivile Lösung von Konflikten und ein Rüstungsexportverbot auch in anderen Ländern einsetzen.